

Pressekonferenz, 29. September 2014, Berlin

Die deutsche Wirtschaft im Stop-and-go-Modus

IW-Konjunkturprognose Herbst 2014

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort

Ein erneuter Wachstumsdämpfer

Die Erholung der deutschen Wirtschaft bekam im zweiten Quartal 2014 einen deutlichen Dämpfer. Auch die erwartete schwache Dynamik im zweiten Halbjahr 2014 weist darauf hin, dass das gegenwärtige wirtschaftliche und politische Umfeld keinen anhaltenden und breiten Aufschwung trägt. Vor allem bei der Investitionstätigkeit ist eine große Vorsicht zu sehen. Dies liegt zum einen an der schwächeren Gangart der Weltwirtschaft. Vor allem die europäische Wirtschaft hat noch kein hohes Erholungstempo erreicht. Sie wird auch von den Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine belastet. Zum anderen leidet die Investitionstätigkeit in Deutschland auch unter der wachstumshemmenden Wirtschaftspolitik.

Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2014 nur um knapp 1 ½ Prozent wachsen. Obwohl im Jahr 2015 ein durchgehender Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) unterstellt wird, übertrifft die Wirtschaftsleistung das Vorjahresniveau ebenfalls nur um gut 1 ½ Prozent. Der Tempoverlust im Jahr 2014 und der damit geringe Überhang erklären dies. Trotz des moderaten Wachstums entstehen weiterhin neue Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit geht jedoch kaum noch zurück. Im Jahresdurchschnitt 2015 werden in Deutschland knapp 2,9 Millionen Personen arbeitslos sein. Der staatliche Haushalt wird in beiden Jahren mit Überschüssen abschließen. Gleichzeitig nimmt die Staatsquote wegen der steigenden Ausgaben weiter leicht auf 44 ½ Prozent zu.

Politische Unsicherheiten belasten Investitionen

Das Stop-and-go der deutschen Wirtschaft und vor allem die wieder stockende Investitionstätigkeit resultieren zum einen aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld:

- Die Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine sowie den westlichen Ländern haben sich in den letzten Monaten erheblich verschärft. Zuletzt kehrte wieder mehr Ruhe ein. Gleichwohl stehen die vielfältigen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zum Teil auf dem Prüfstand. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen diese Krise und die Sanktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder haben werden.
- Die schlimme Lage im Nahen und Mittleren Osten hat zwar nur überschaubare direkte Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft. Sie macht aber ein weiteres Mal den grundlegenden Konflikt in dieser Region und die permanente Bedrohung durch den globalen Terrorismus deutlich. Ein großer Wirtschaftsraum, der bis weit hinein nach Afrika reicht, hat derzeit keine politische und wirtschaftliche Perspektive.
- Hinzu kommen die bereits in der Frühjahrsprognose dargestellten Governance-Probleme in einer Reihe wichtiger Schwellenländer. Diese werfen auch ihre Schatten auf die wirtschaftlichen Beziehungen mit diesen Ländern und sorgen für Vorsicht. Die Story der Schwellenländer ist neu

zu erzählen, jedenfalls ist sie in der bisherigen Form nicht einfach fortzuschreiben.

- Und nicht zuletzt sind auch in Europa entscheidende politische Fragen nicht gelöst worden. Die notwendigen Strukturreformen finden in einigen Ländern keine ausreichende Unterstützung. Die Erwartungen an die europäische Geldpolitik und an die nationalen Finanzpolitiken sind nach wie vor groß – und möglicherweise nicht erfüllbar. Die politische Entwicklung in vielen Ländern spiegelt die Debatte um mehr Europa oder mehr nationale Kompetenz wider. Europakritische Parteien gewinnen an Unterstützung. Das nationale Gefüge einiger Länder erlebt Zerreißproben. Zu einem Auseinanderbrechen des Vereinigten Königreichs ist es nicht gekommen. Katalonien will vielleicht wie Schottland ein Referendum wagen. All dies schafft für Investoren kein vertrauenswürdiges und stabiles Umfeld.

Zum anderen fehlen hierzulande klare und investitionsfreundliche wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Bei allem vernehmbaren Bemühen seitens der Regierung, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Bedeutung von Industrie und Mittelstand nun wieder stärker zu würdigen, verbinden sich damit bisher nur Hoffnungswerte. Stattdessen schwächen die arbeitsmarkt-, energie- und sozialpolitischen Maßnahmen der Großen Koalition zweifellos die Angebotsbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen. Auch dies findet seinen Widerhall in der vorsichtigen und insgesamt nur zögerlichen Investitionstätigkeit.

Moderate Expansion des Außenhandels

Trotz der globalen Unsicherheiten konnte der deutsche Außenhandel in den ersten beiden Quartalen 2014 seinen Vorjahreswert übertreffen. Dabei legten die realen Importe in beiden Quartalen jeweils sogar um gut 4 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Bei den Exporten fiel dagegen das Plus im zweiten Quartal 2014 mit 2,5 Prozent schwächer aus als im ersten Vierteljahr (4,3 Prozent).

Bei den deutschen Wareneinfuhren zeigten sich im ersten Halbjahr 2014 deutlich die derzeit unterschiedlichen Gangarten der Weltwirtschaft: Der Warenhandel mit den USA und China stieg kräftig an. Die Exporte in die EWU-Länder konnten durchschnittlich expandieren. Im Handel mit den südostasiatischen Schwellenländern war dagegen kaum noch ein Exportplus zu verzeichnen. Neben Russland wiesen auch Brasilien und Indien deutlich niedrigere Importe aus Deutschland auf.

Im Prognosezeitraum wird der deutsche Außenhandel derzeit von den folgenden Faktoren bestimmt:

1. Die geopolitischen Unsicherheiten werden die Weltwirtschaft nicht aus dem Tritt bringen. Gleichwohl wird das Wachstumstempo nur wenig zunehmen und es bleibt unter dem langfristigen Durchschnitt. Im Jahr 2014 wird die Weltproduktion um $3\frac{1}{2}$ Prozent und 2015 um $3\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Der reale Welthandel wird 2014 um $3\frac{1}{4}$ Prozent und 2015 um $4\frac{1}{2}$ Prozent expandieren.

2. Die deutschen Lohnstückkosten sind in den letzten beiden Jahren um durchschnittlich 2,8 Prozent angestiegen. Im Verarbeitenden Gewerbe belief sich der Anstieg sogar auf knapp 3,7 Prozent pro Jahr. Auch im ersten Halbjahr 2014 setzte sich der Anstieg der Lohnstückkosten fort. Dies belastet die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft.

3. Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen hatte sich zwischenzeitlich auch durch die Wechselkursentwicklung verschlechtert. In letzter Zeit haben sich diese Aufwertungen des Euro wieder nennenswert zurückgebildet. Deutliche Abwertungen des Euro gab es gegenüber dem britischen Pfund und dem US-Dollar. Mit Blick auf die US-Währung wird von einer Bandbreite von 1,25 bis 1,30 US-Dollar je Euro ausgegangen.

Vor dem Hintergrund der nur langsam anziehenden Weltwirtschaft und vor allem bei der nur zögerlich in Gang kommenden Erholung in Europa bleiben die deutschen Außenhandelsperspektiven moderat. Die realen Exporte von Waren und Dienstleistungen werden im Jahr 2014 um 3 ½ Prozent zunehmen. Für 2015 wird ein Zuwachs in Höhe von 5 Prozent erwartet. Die gute Entwicklung des Konsums sorgt weiterhin für einen etwas höheren Zuwachs bei den Importen. Die steigenden Lohnstückkosten beleben zudem die Importe von Vorleistungen aus dem Ausland. Damit werden die realen Importe im Jahr 2014 um 4 ½ Prozent und 2015 um 5 ¾ Prozent ansteigen. Der Außenbeitrag wird in diesem Jahr das

Wachstum des realen BIP um knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt bremsen. Im Jahr 2015 heben sich der positive Beitrag der Exporte und der negative Beitrag der Importe gegenseitig auf.

Stockende Ausrüstungsinvestitionen

Die Erholung der Ausrüstungsinvestitionen, die den Zeitraum vom ersten Quartal 2013 bis zum ersten Quartal 2014 prägte, setzte sich im zweiten Vierteljahr 2014 nicht weiter fort. Die Investitionskonjunktur in Deutschland erhielt nach der vorhergehenden Schwäche (drittes Quartal 2011 bis erstes Quartal 2013) einen erneuten Dämpfer.

Die Struktur der Ausrüstungsinvestitionen zeigt, dass ihre Erholung im Jahr 2013 vor allem durch die Investitionen in neue Fahrzeuge angetrieben wurde. Die vorhergehende Investitionsschwäche in Deutschland war ebenfalls stark von einem Einbruch der Investitionen in Fahrzeuge – in erster Linie bei den Nutzfahrzeugen (Lastkraftwagen und Schiffe) – geprägt. Vom letzten Höhepunkt im vierten Quartal 2010 bis zum ersten Quartal 2013 gaben die realen Fahrzeuginvestitionen um gut 23 Prozent nach. Die globale Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise von 2009 hatte zeitverzögert zu einem abrupten Ende des vorhergehenden Investitionsbooms geführt. Die anhaltende Schwäche bei den Investitionen in Maschinen und Geräte verweist dagegen auf eine deutlich eingetrübte Neigung zur Kapitalbildung in Deutschland.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden in den Jahren 2014 und 2015 von den folgenden Determinanten bestimmt:

1. Die Finanzierungsbedingungen für Ausrüstungsinvestitionen sind und bleiben auch weiterhin sehr günstig.
2. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie bewegt sich aber nur leicht über dem Niveau des langjährigen Durchschnitts.
3. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen in Deutschland haben sich seit Jahresbeginn 2014 nahezu durchgehend eingetrübt. Dies schlägt auf die Investitionspläne der Unternehmen durch.

Die derzeitigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sprechen nicht für eine kräftige Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland. Aufgrund des hohen Überhangs aus dem Jahr 2013 wird das Jahresergebnis für 2014 trotz der erneuten Schwäche im Jahresverlauf noch vergleichsweise gut ausfallen. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden 2014 ihren Vorjahreswert um gut 3 $\frac{3}{4}$ Prozent übertreffen. Aufgrund des dann niedrigen Überhangs fällt jedoch das Jahresergebnis für 2015 moderat aus – obwohl die Ausrüstungsinvestitionen durchgehend leicht ansteigen. Im kommenden Jahr werden sie um knapp 3 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Eine merklich kräftigere – als die hier prognostizierte – Dynamik der Weltwirtschaft im kommenden Jahr würde sich allerdings auch in einem höheren Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland im Jahr 2015 niederschlagen.

Auftrieb bei den Bauinvestitionen

Nach dem bereits schwachen Zuwachs im Jahr 2012 (+0,6 Prozent) gaben die realen Bauinvestitionen im vergangenen Jahr sogar leicht nach. Das Vorjahresniveau wurde um 0,1 Prozent unterschritten. Dies lag vor allem an dem rückläufigen Gewerbebau und dem nur leicht zulegenden öffentlichen Bau. Auch der Wohnungsbau expandierte nach den vorhergehenden guten Jahren nur schwach.

Der Start in das Jahr 2014 fiel für die Bauwirtschaft allerdings überaus gut aus. Das lag hauptsächlich an dem milden Winter. Im zweiten Quartal 2014 gingen die Bauinvestitionen jedoch wieder zurück. Für das gesamte Jahr 2014 wird eine Zunahme der realen Bauinvestitionen in Höhe von $3\frac{3}{4}$ Prozent erwartet. Im Jahr 2015 werden die Bauinvestitionen um $2\frac{3}{4}$ Prozent zulegen. Dabei wird die Baunachfrage in den einzelnen Sparten von den folgenden Faktoren bestimmt:

1. Die grundsätzliche Einschätzung des **Wohnungsbaus** hat sich nicht geändert. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie die außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen werden diesen Baubereich auch weiterhin antreiben.
2. Das erneute Stocken der unternehmerischen Investitionen in Deutschland wird auch die Erholung beim **Gewerbebau** etwas abdämpfen.

3. Das vergleichsweise milde Winterwetter hat vor allem den **öffentlichen Bau** belebt. Die Finanzlage der Kommunen und die Notwendigkeit staatlicher Infrastrukturmaßnahmen werden diese Sparte moderat beleben.

Beschäftigungsaufbau bei konstanter Arbeitslosigkeit

Während das Wirtschaftswachstum zuletzt verhalten blieb, konnte die Anzahl der Erwerbstätigen deutlich zunehmen. Auf Basis der revidierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gab es im Jahr 2013 in Deutschland fast 42,3 Millionen Erwerbstätige. Das sind fast 3 Millionen Personen mehr als beim letzten Tiefpunkt im Jahr 2005. Auch in diesem Jahr ist mit einer nennenswerten Zunahme von über 300.000 Personen oder $\frac{3}{4}$ Prozent zu rechnen. Der Trend wird sich auch im Jahr 2015 fortsetzen. Es werden nochmals 270.000 Erwerbstätige hinzukommen. Aufgrund der leicht ansteigenden Arbeitszeit infolge zusätzlicher Arbeitstage legt das Arbeitsvolumen etwas stärker zu als die Anzahl der Erwerbstätigen.

Da Arbeitslose oftmals Qualifikationsdefizite und andere Einschränkungen aufweisen, können sie kaum von dem weiter expandierenden Arbeitsmarkt profitieren. Auch im Jahr 2015 wird die Anzahl der Arbeitslosen nun geringfügig abnehmen. Im Jahresdurchschnitt werden knapp 2,9 Millionen Personen oder gut $6 \frac{1}{2}$ Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos sein.

Beschäftigung und niedriges Sparen stabilisieren den Konsum

Die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung hat in den vergangenen Jahren nicht nur den Wohnungsbau, sondern vor allem den Privaten Verbrauch in Deutschland angetrieben. Im Prognosezeitraum wird der Konsum von den folgenden Faktoren beeinflusst:

1. Im Gefolge der guten Arbeitsmarktentwicklung bleibt das Konsumklima auf einem hohen Niveau.
2. Der Inlandskonsum wird in den Jahren 2014 und 2015 kaum von Veränderungen auf der Abgabenseite tangiert.
3. Die Vermögenseinkommen werden infolge des Niedrigzinsumfelds und der wieder schwächer tendierenden Konjunktur auch in den Jahren 2014 und 2015 nur moderat zulegen.
4. Die Sparquote wird auf dem zuletzt erreichten niedrigen Niveau von gut 9 Prozent bleiben und somit den Konsum auf einem hohen Niveau halten.
5. Die Kaufkraftverluste durch Inflation bleiben niedrig. Für das gesamte Jahr 2014 wird mit einer Inflationsrate von knapp 1 ¼ Prozent gerechnet. Im kommenden Jahr beläuft sich die Teuerung in Deutschland auf gut 1 ½ Prozent.

Der Private Konsum und die dahinterstehende Arbeitsmarktentwicklung bleiben wie schon in den vorhergehenden Jah-

ren zentrale Wachstumsstützen in Deutschland. Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in den Jahren 2014 und 2015 jeweils um 1 Prozent über dem Vorjahreswert liegen. Sie werden somit in diesem und im kommenden Jahr einen anhaltend stabilen Beitrag in Höhe von gut $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt zum Wachstum des realen BIP leisten.

Staatseinnahmen führen zum Überschuss

Von einem rigorosen Sparkurs, der Deutschland im internationalen Umfeld häufig vorgeworfen wird, kann keine Rede sein. Die Kritik, die Haushaltskonsolidierung sei zu restriktiv und schade dem Euroraum, überzeugt nicht. Die gute Haushaltsslage ist allein der guten Einnahmenentwicklung geschuldet, nicht aber einem restriktiven Kurs auf der Ausgaben-seite. Die Ausgaben wachsen hierzulande an. Die Staatsquote, der Anteil der Staatsausgaben am BIP, steigt weiter an und wird im kommenden Jahr $44 \frac{1}{2}$ Prozent erreichen.

Wie im Vorjahr wird der Staatshaushalt in den Jahren 2014 und 2015 jeweils mit einem Überschuss abschließen. In diesem Jahr beläuft sich dieser auf 14 Milliarden Euro und im Jahr 2015 auf 18 Milliarden Euro. Das entspricht jeweils rund $\frac{1}{2}$ Prozent des BIP.

Die hausgemachten Investitionsblockaden lösen

Von dem Ende 2013 verabschiedeten Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurden wesentliche Teile bis heute abgearbeitet. Die Maßnahmen der Bundesregierung stellen insgesamt eine Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung dar. Negative Impulse für die Konjunktur gehen von den höheren Kosten und den beeinträchtigten Wachstumserwartungen aus. Besonders die Grundlage für private Investitionen in Deutschland hat sich verschlechtert. Da auch die öffentlichen Investitionen, beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur, nicht die notwendigen Höhen erreichen, sind weder das Überwinden der Investitionsschwäche noch ein entsprechender konjunktureller Impuls zu erwarten.

Vor allem die Gesetzesänderungen am Arbeitsmarkt gehen zulasten der Flexibilität der Unternehmen. Der Mindestlohn in den unteren Lohngruppen wird zu Kostensteigerungen führen und damit Beschäftigungschancen beschneiden. Durch Beschränkungen der Zeitarbeit, Eingriffe in die Gestaltung von Werkverträgen oder Quotenregelungen drohen neue Bürokratien und eine zunehmende Fesselung des Arbeitsmarktes. Dabei lag gerade in der Flexibilisierung ein wesentlicher Erfolg der Agenda 2010. Die schrittweise Re-Regulierung des deutschen Arbeitsmarktes schränkt die Anpassungsmöglichkeiten der Unternehmen ein und erschwert Investitionen in unsicheren Zeiten.

Um die Wachstumskräfte zu stärken und vor allem unternehmerische Investitionen in Deutschland attraktiver zu machen, muss die Bundesregierung handeln. Zu den wichtigsten Elementen einer Reformagenda gehören:

- Trotz der aktuellen Gesetzeslage ist eine umfassende Frühverrentung zu verhindern. Die Lebensarbeitszeit muss vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, des drohenden Fachkräftemangels und der Finanzierbarkeit der Alterssicherungssysteme an die gestiegene Lebenserwartung angepasst werden.
- Der weitere Aufbau von Bürokratie und Regulierungen, die die notwendige unternehmerische Flexibilität einschränken, ist zu vermeiden. Dies gilt zum Beispiel für die Gestaltung von Werkverträgen und den Einsatz von Zeitarbeit. In die Kategorie unnötige Bürokratisierung fällt auch die geplante Anti-Stress-Verordnung. Bereits nach 1998 ist unterschätzt worden, wie stark solche Eingriffe im Detail Sand in das Getriebe gerade der mittelständisch geprägten Wirtschaft werfen.
- Mit der Abschaffung der kalten Progression und der Begrenzung der Lohnnebenkosten sollen Bürger und Unternehmen entlastet werden. Die Basis hierfür muss eine Haushaltskonsolidierung sein, die die Ausgabenseite berücksichtigt. In den Sozialversicherungen sind Reformen zur Begrenzung der Kostendynamik notwendig.
- Regelungsbedarf besteht in Sachen Tarifeinheit. Die Bundesregierung hatte vor der parlamentarischen Sommerpause bereits Eckpunkte vorgelegt, um das unproduktive

Nebeneinander konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb zukünftig zu vermeiden. Im Sinne einer Stärkung der Ordnungs- und Befriedungsfunktion der Tarifautonomie sollte baldmöglichst eine gesetzliche Neuregelung gefunden werden.

- Die Tarifpolitik hat mit dem Weg der Lohnzurückhaltung einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Industrie und zum Aufbau von Beschäftigung beigetragen. Dies darf nicht durch den Ruf nach überhöhten Abschlüssen gefährdet werden. Eine expansive Lohnpolitik schadet der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, ohne den Krisenländern in Europa nachhaltig zu helfen.

IW-Prognose für Deutschland 2014 und 2015

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2013	2014	2015
Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Erwerbstätige	0,6	$\frac{3}{4}$	$\frac{3}{4}$
Arbeitslosenquote ¹⁾	6,9	$6\frac{3}{4}$	$6\frac{1}{2}$
Arbeitsvolumen	-0,3	$\frac{3}{4}$	1
Produktivität ²⁾	0,4	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{2}$
Bruttoinlandsprodukt	0,1	$1\frac{1}{2}$	$1\frac{1}{2}$
Verwendung des realen Bruttoinlandsprodukts			
Private Konsumausgaben	0,8	1	1
Konsumausgaben des Staates	0,7	1	1
Anlageinvestitionen	-0,7	$3\frac{1}{2}$	$2\frac{1}{2}$
- Ausrüstungen	-2,7	$3\frac{3}{4}$	3
- Sonstige Anlagen	1,3	2	2
- Bauten	-0,1	$3\frac{3}{4}$	$2\frac{3}{4}$
Inlandsnachfrage	0,7	$1\frac{3}{4}$	$1\frac{3}{4}$
- Export	1,6	$3\frac{1}{2}$	5
- Import	3,1	$4\frac{1}{2}$	$5\frac{3}{4}$
Bruttoinlandsprodukt	0,1	$1\frac{1}{2}$	$1\frac{1}{2}$
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,5	$1\frac{1}{4}$	$1\frac{1}{2}$
Staatshaushalt			
Finanzierungssaldo ³⁾	0,3	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen.

2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des nominalen BIP.

Quelle: IW-Herbstprognose, September 2014